



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn. I.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn.

### I.

Für Siebenbürgen sollten die letzten Tage des Mai von einer Wichtigkeit werden, wie sie dies für kein anderes Land des österreichischen Kaiserthums gewesen sind. Es sollte nämlich der siebenbürgische Landtag über die Frage entscheiden: ob Siebenbürgen sich mit Ungarn vereinigen solle oder nicht? ob in Siebenbürgen fortan der magyarisches - deutsche Einfluß die Oberhand behalten solle, oder der walachische und was daraus folgen konnte. Zwar hätte Siebenbürgen bei seinem großen Reichthum an Naturerzeugnissen und der leichten Vertheidigung seiner Grenzen auch fernerhin von Ungarn getrennt dastehen können — in sich trägt es dazu die Möglichkeit — wenn nicht die bisher politisch berechtigten Ungarn, Szekler und Sachsen von den auf keinem der frühern Landtage vertretenen Walachen hätten erdrückt zu werden gedroht. Denn die Walachen, die Mehrheit der siebenbürgischen Bevölkerung, bekamen durch die Volksvertretung, die über kurz oder lang eingeführt werden mußte, auf dem Landtage ein Uebergewicht, das den übrigen Völkern gewiß nicht zum Heil gereicht haben würde. War doch in diesem Falle die schönste Aussicht da zu einem Reiche Dacien! Die Donaufürstenthümer wollten sich aus freien Stücken bei der ersten Gelegenheit an Oestreich anschließen, sie wollten sich unter österreichischer Scheinherrschaft enger mit Siebenbürgen vereinigen: wer vermochte die Walachen dann, wenn sie überall die Herrschaft in Händen hatten, zu hindern, sich ein Reich zu schaffen, das von der Theiß bis zum Dniester, von den Nordkarpathen bis zur Donau — das alte Dacien — reichen sollte, das vor der Hand sich zwar einen österreichischen Prinzen zum Oberhaupt erkoren, aber nie Oestreichs Interessen und am allerwenigsten jene Deutschlands verfolgt hätte. Ihr Element sollte in dem neuen Reiche allein herrschen — Magyaren und Sachsen wären nur kurze Zeit geduldet worden —; die reichen Goldadern Siebenbürgens sollten für ihre Zwecke sicken und auf den Fluthen der Donau ihre Stimme Befehle ertheilen. Und hätte Oestreich, hätte Deutschland sich dem Allen widersetzt, so konnte sich immer noch irgend eine Großmacht zur Beschützerin des neuen Reichs aufwerfen; England und Frankreich hatten schon längst ihr Augenmerk auf jene Gegend gerichtet. War dies

einmal durchgefeszt — und es mußte so kommen, wenn die Walachen jetzt Siebenbürgens Steuerruder in ihre Hände bekamen, — so war der Magyar für seinen Bruder in Ungarn, der Sachse für Deutschland, kurz Siebenbürgen für das Abendland auf ewig verloren. Möge man sich ja nicht irre führen lassen durch jenen Einwand, die Walachen wüßten von solch hohen Dingen noch gar nichts; wohl wahr, wenn man auf die Menge blickt, aber gewisse Männer in Jassy, Bukarest, Blasendorf und — Paris wissen um so besser was sie wollen. Es war demnach die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn von Seiten der Ungarn, Szekler und Sachsen gleichsam eine Pflicht der Selbsterhaltung, die sie erfüllen mußten, so lange sie noch die Macht dazu in Händen hatten und bevor noch die Masse der Walachen mit politischen Forderungen hervortrat.

Der Würfel ist gefallen. Der Landtag hat die Vereinigung einstimmig angenommen. Jeder Tag bringt immer neue Folgen dieses wichtigen Ereignisses. Um uns jedoch vorerst mit den Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen, welche die Herzen der siebenbürgischen Völker in Bezug auf den Landtag hegten und pflegten, bekannt zu machen, wollen wir jedes Volkes Bestrebungen und Thaten in den drei letzten Monaten, die dem Landtage vorhergingen, einer kurzen Betrachtung unterwerfen.

Die beiden magyarischen Stämme, Ungarn und Szekler, befehlte sogleich auf die erste Kunde, der ungarische Reichstag habe von seinem König Siebenbürgens Vereinigung mit Ungarn verlangt und die Entscheidung über Ja und Nein liege einzig und allein in den Händen der siebenbürgischen Stände, eine unmäßige, jede ruhige Ueberlegung in den Hintergrund drängende Freude. Der herbe Unglücksschlag, der sie durch die Trennung Siebenbürgens von Ungarn betroffen und auf ihre gleichmäßige volksthümliche Entwicklung so unheilvoll eingewirkt hatte, sollte jetzt wieder gut gemacht werden. Sie begnügten sich jedoch hiemit noch nicht, sondern gingen in ihrem Freudenrausch weiter und wollten Alles und Alles so gleich haben. Zum Landtag wählten einzelne Gespannschaften, noch bevor derselbe ausgeschrieben war, und drängten so den Gouverneur, Grafen Joseph Teleki, zur Befriedigung der Gemüther einen Landtag zu berufen. — In ihrem Triumphgeschrei über den Sieg, den jetzt der Magyarismus errungen haben sollte, gedachten sie auch mündlich und schriftlich der Sachsen, die bisher alle auch noch so verhüllte Magyarisirungsversuche erbarmungslos über Bord geworfen hatten, in so übermüthiger Weise, wie es sonst nur von einem glücklichen Sieger nach gewonnener Feldschlacht über den Gegner zu geschehen pflegt. Zwar war es auch früher nicht die geringe Anzahl von 300,000 Seelen, die den Ungarn und Szeklern der Sachsen wegen bange machte: wohl aber war für sie der deutsche Geist, der im Volke lebte, jenes Gespenst, das ihnen Tag und Nacht keine Ruhe ließ; und dies Gespenst gedachten sie nun mit Hilfe des Talismans „magyarisches Ministerium“ zu bannen. Einer, der Freiherr Dionys Kemény, sprach unaufgefordert

und sehr frühe sein politisches Glaubensbekenntniß vor seinen Wählern aus: er hasse die Sachsen. Alle magyarischen Zeitungen jubelten über den Untergang jenes Volkes, das ihren Absonderungsplänen bisher überall im Wege gestanden; hier freuten sie sich schon im Voraus über die reiche Prise in den sächsischen National- und den Allodialkassen; dort wollten sie den sächsischen Bürger, der in seinem Sachsenlande gar keinen Adel gekannt hatte, durch eine unerschwinglich hohe Steuer zur Entschädigung des Adels kirre machen, drohten, sein Gebiet zu zerstückeln, den Gewerbefleiß zu vernichten und sie mit der erst noch anzulegenden Eisenbahn zu umgehen. Alle aber waren damit einverstanden, daß nun der Magyare in seinem Reich herrschen und das magyarische Ministerium in Pesth Befehle ertheilen müsse, nicht mehr der deutsche Kaiser. Erst als alles dies kund geworden war, regten sich die Sachsen, denn eine solche Vereinigung mit Ungarn drohte ihnen den Untergang. Auch der Gouverneur hatte, anstatt zu beschwichtigen, frisches Del ins Feuer gegossen. Wie in Klausenburg, dem Hauptsitz des magyarischen Adels, so ging es überall. Ja auf der Szekler Stuhlversammlung in Udvorhely hatte das Volk sogar den österreichischen Doppeladler vom Posthause gerissen, mit Füßen in den Koth getreten und dazwischen gerufen: „wir brauchen keinen deutschen Kaiser mehr.“ Zwei Compagnien Szekler Grenzer verweigerten dazu noch in Uzon den Gehorsam und vergingen sich sogar so weit, auf österreichische Fahnen und Farben zu schießen und die Träger der österreichischen Farben öffentlich zu verhöhnen. So baute unter den Magyaren Jeder in wahrhaft kindlicher Einfeld ein großes magyarisches Reich zusammen. Alle träumten einen recht süßen volksthümlichen Traum: da auf einmal schreckt sie auf das wilde Getöse zwischen Eau und Drau und an der Donau.

Eben so kühne Hoffnungen, wie die Magyaren, hegten auch die Walachen. Bei ihnen sollte die Masse das ersetzen, was bei den Magyaren die angestammte Herrschaft ausmachte. Eine Million Walachen konnte sich mit etwa 600,000 Ungarn und Szeklern immerhin messen. Die Walachen hatten bis dahin weder im Lande der Ungarn, noch in dem der Szekler, noch in dem der Sachsen politische Rechte gehabt, ein Unglück, das sie schwer empfinden mußten, denn der so zahlreiche Volksstamm besaß verhältnißmäßig nur eine geringe Anzahl intelligenter Köpfe, die dann aber — größtentheils Popen — um so blindern Gehorsam bei der großen ungebildeten Masse ihrer Volksgenossen fanden. Sehr bedeutend für die Zukunft war ferner der Umstand, daß jetzt viele walachische Edelleute, die früher immer nur als Magyaren gezählt hatten, offen zu ihren Volksgenossen übertraten und deren Stimmführer wurden. Der einflußreichste Uebergetretene war Sopysa, der Obergespan der hunyader Gespannschaft. — Trotz der Erlangung politischer Rechte auf dem Sachsenboden wagten es dennoch einige walachische Kaufleute und ein etwas überspannter walachischer Advokat in Kronstadt vor dem Rath in walachischer Rede (bisher unerhört!) die sofortige Auflösung des innern

und äußern Rathes der Stadt und die Besetzung einiger Stellen mit Walachen zu verlangen. Doch es war noch etwas zu früh am Tage, das Auftreten in Kronstadt war zu vereinzelt geschehen und daher hatte diese Demonstration noch nicht den erwarteten Erfolg. Indessen gährte es furchtbar unter den Walachen im Ungarlande, besonders unter den heißblutigen Bewohnern der hunyader Gespanschaft, wo ein Ausbruch der Volkswuth gegen den wegen der Frohnen verhaßten magyarischen Adel nur durch das persönliche Erscheinen des griechisch nicht-unirten Bischofs Schaguna unterdrückt werden konnte.

Um diese Zeit nun versuchten die Magyaren die Walachen für, Hermannstadt dieselben gegen die Union Siebenbürgens mit Ungarn zu stimmen. Natürlich war es, daß die Walachen mehr der Ehrlichkeit der Sachsen vertrauten, als ihren bisherigen Unterdrückern, den magyarischen Adligen, um so mehr, da es allenthalben hieß, die Magyaren wollten von der österreichischen Herrschaft abfallen, weshalb Schaguna seinen Kirchenkindern sogar den Segen nur unter der Bedingung erteilte, sie sollten gegen Union stimmen. So kam die Zeit zur Volksversammlung in Blasendorf, dem Sitze des griechisch-unirten Bischofs Lemeny, der 15. bis 18. Mai, heran. Ungeachtet des Verbotes der Versammlung durch das Gubernium und der Zusammenziehung von Militär in der Nähe Blasendorfs, hatten sich doch an 30,000 Walachen auf dem Felde der „Freiheit,“ wie sie es nannten, eingefunden; selbst aus Bukarest waren einige sehr talentvolle Professoren erschienen. Die letztern hatten zugleich die in der Moldau und Walachei sehr stark verbreiteten Ideen von einem daco-romanischen Reich innerhalb seiner alten Grenzen mit herüber gebracht und ihnen auch hier Eingang zu verschaffen gewußt. Auch wurde sehr viel gethan, um die Menge für die Erinnerungen an Dacien, an die Römer u. s. w. zu begeistern. Sie faßten den Beschluß, sich fortan Romanen zu nennen — in ihrer Sprache heißen sie Rumuni — und den auch durch die frühern Landtagsgesetze arg gebrandmarkten Namen Walache für eine Bezeichnung des Schimpfes und der Schande anzusehn. Dem großen Eroberer Daciens Trajan wurde ein Hoch über das andere gebracht; das aufgestellte Militär gab dazu die Freudenfalven. Sie begrüßten sich als Enkel Trajans, obgleich dieser in ihnen aus innern und äußern Gründen schwerlich seine wahren Enkel erkannt haben würde. — Die Magyaren änderten nun ihre Politik. Da sie die Abhaltung der Versammlung nicht hindern konnten, suchten sie dieselbe auf freundlichem Wege für sich zu gewinnen, wenngleich auch die Sachsen diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehn ließen. Das Gubernium schickte zwei magyarische Commissäre hin und als bereits die Berathungen unter dem Vorsitze des griechisch-unirten und des nicht-unirten Bischofs ihren Anfang genommen hatten, kam die Kunde, es seien magyarische Adlige auf 40 Wagen mit Unionsfahnen im Anzuge, um die Union auszurufen, was jedoch auf das entschiedene Verlangen der Versammlung unterbleiben mußte, da sie selbst über das Für oder Wider entscheiden

wolle. Das Ergebniß ihrer Verhandlungen war die Abfassung einer Petition, worin die Leiter der Versammlung — denn der gemeine Mann mußte ja nichts anders zu wünschen, als Befreiung von der Zuchtruthe adliger Willkürherrschaft — forderten: gleiche Rechte mit den übrigen Völkern Siebenbürgens und zugleich Aufschub der Landtagsverhandlungen über die Union, bis auch die Walachen und zwar nach Maßgabe ihrer Kopfszahl auf dem Landtag vertreten seien. Mit dieser Forderung ging eine Deputation an den Kaiser, die andere an das Gubernium. Vor der Hand blieb noch ein Volkscomité in Blasendorf zusammen, um über Fragen in Angelegenheiten ihres Volks zu entscheiden. Dies Alles zeigte deutlich, wie klug die Walachen den Magyaren und Sachsen auszuweichen wußten; hätten sie für eine Partei sich entschieden, so hätten sie den Verhandlungen der Vorversammlung zufolge, wo einige walachische Sprecher für die Union nicht eben mit Beifall waren aufgenommen worden, unbedingt gegen Union gestimmt. Aber sie wollten eben nur auf dem Landtag Partei nehmen, wo sie nach Maßgabe ihrer Kopfszahl die Mehrheit der Stimmen für sich zu haben hofften. Hatten sie dies erlangt, so war Siebenbürgens Schicksal in ihren Händen.

Ganz anders als mit den beiden genannten Völkern verhielt es sich mit den Sachsen. Sie hatten weder Lust eine Herrschaft über die andern Völker auch nur zu beanspruchen, noch auch und noch viel weniger aber von einem andern Volk beherrscht zu werden. Sogleich nach den Wiener Märztagen that die eben in Hermannstadt versammelte Nationsuniversität — der höchste sächsische Gerichtshof von 22 Abgeordneten, die jährlich zwei Mal zur Entscheidung von Privatrechtsstreitigkeiten zusammentreten — schleunig Schritte zur Bildung von Nationalgardien, zu deren Befehlshaber der Sachsengraf Franz v. Salmen bestimmt wurde. Denn daß nun für die Entscheidung der Frage, ob die Sachsen als freies deutsches Volk länger fortbestehen sollten, sehr entscheidende Augenblicke gekommen seien, leuchtete Jedem von selbst ein. Die Sachsen begrüßten freudig die neue Zeit; aber sich so leicht hin ihrer Freibriefe, auf denen bis dahin ihr Bestand als Deutsche fußte, zu entschlagen, wie dies von den Magyaren in Ungarn geschehen, war immer noch gefährlich, da die Magyaren neben sich trotz des unaufhörlichen Rufes: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! kein anderes Volk gelten lassen wollten. Dennoch that die Nationsuniversität, um im Innern des Sachsenlandes die Ruhe zu sichern, den wichtigen Schritt, den Walachen auf Sachsenboden politische, den Sachsen ganz gleiche Rechte zu erteilen. War die Nationsuniversität in diesem Falle nachgiebig gewesen, so trat sie dem Bestreben der Magyaren, sich von Oestreich loszusagen, sehr bestimmt entgegen, indem sie den Kaiser in einer Adresse der festen Anhänglichkeit der Sachsen an das deutsche Kaiserhaus versicherte. — Indessen begannen sich unter den Sachsen selbst Parteien für und gegen die Union zu bilden. Kronstadt war für, Hermannstadt gegen die Union und zwar in so hohem Grade, daß es den eifrigen Freund einer bedingten Union, Professor Haen,

nöthigte, die Redaction der Transilvania in Hermannstadt aufzugeben. Zwischen beiden Städten entbrannte ein leidenschaftlich geführter, sehr bedenklicher Federkrieg. Eine Partei wollte sich den Magyaren unter gewissen Bedingungen zur Aufrechterhaltung ihres Volksthum's anschließen und traute ihnen in Angesichte der neuen Zeit so viel Achtung vor einem fremden Volksthum zu, dieselbe in ihrem Recht zu schützen; die andere hatte, gewarnt durch die tagtäglichen Ausfälle der magyarischen Zeitungen auf die sächsischen Rechte, zu den Magyaren gar kein Vertrauen und sah in den Andersdenkenden Abtrünnige an der deutschen Sache des Vaterlandes, während sie selbst dadurch, daß sie hie und da den Herren der Wiener Hofkanzlei willig ihr Ohr lieh, sich den allerdings ungerechten Namen von Bureaukraten oder gar Reactionären zuzog. Da geschah es, daß am 3. Mai der Gouverneur, Graf Joseph Teleki, nach Hermannstadt kam und den commandirenden General, Freiherrn Buchner, in etwas ungewöhnlichem Tone aufforderte, die Sachsen zur Union (ob auf friedlichem oder gewaltsamem Wege, ist nicht bekannt) zu bewegen. Der General hatte ihn mit einer kurzen bündigen Antwort entlassen. Am demselben Tage machten die Nationsuniversität und die Stadtbehörde Hermannstadts dem Gouverneur einen Ehrenbesuch und hofften zugleich Beruhigung der aufgeregten Gemüther erhalten zu können. Allein der Gouverneur stellte sich nicht nur nicht über die Parteien, sondern sprach in so eifrig magyarischem Sinne zu den bei ihm versammelten Sachsen, daß diese nun nicht länger zweifeln durften an der Wahrheit jener Zeitungsartikel, die ihnen den Untergang ihres Volksthum's, die Zerstückelung ihres Gebiets und die Einführung der magyarischen Sprache verkündigten. Denn nach seiner Ueberzeugung sollte ja die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn von den Tribunen, nicht von den Ständen entschieden werden; und wenn die sächsischen Abgeordneten — so sprach er, der erste Beamte des Landes — an die Union Bedingungen knüpfen würden, so könne er für ihr Leben außer dem Landtagssaale keine Gewähr leisten.

Die nächste Folge dieser Unterredung war, daß Hermannstadt noch an demselben Tage auf dem Stadtturm, vor dem Nationallandhause und im Theater die schwarzgelbe Fahne aufzog, zum Zeugniß dafür, daß es treu und unerschütterlich am deutschen Kaiserhause festhalte und sich keinem magyarischen Ministerium fügen wolle. Durch zahlreiche Flugschriften und eine Menge von Augenzeugen (es war in Hermannstadt gerade Jahrmarkt) kam die Kunde von diesen Ereignissen auch in die entlegenen Theile des Sachsenlandes, so daß nun alle Kreise durch die Union den Untergang der Sachsen als freies deutsches Volk befürchteten und der Union entgegen waren, Kronstadt ausgenommen, das allein bei seiner frühern Ueberzeugung beharrte und selbst den Worten des Gouverneurs keinen Glauben schenkte. Um einer Union in dem Sinne, wie der Gouverneur gemeint hatte, entgegenzuwirken, ging von der sächsischen Nation aus eine Deputation nach Wien an den Kaiser; eine andere wurde von den Studenten der juridischen Fakultät

in Hermannstadt an die Wiener Aula, eine dritte von der Hermannstädter Turngemeinde an die der Hanauer geschickt. Wenn auch die beiden ersten wegen der Flucht des Kaisers aus Wien hier wenig zu leisten vermochten, so war doch die Reise der zweiten, die nun nach Frankfurt ging und die der dritten um so erfolgreicher, indem ihr Auftreten unter den Studenten Breslaus, Berlins, Leipzigs, Halles, Jenas, auf der Wartburg, in Hanau, Heidelberg, Mainz, Köln u. s. w. von einem rauschenden Beifallssturme begleitet war und den Sachsen die öffentliche Meinung nicht allein der deutschen Jugend, sondern ganz Deutschlands gewonnen hat.

Indessen hatten die sächsischen Kreise beschlossen, sich fest an's constitutionelle Oestreich anzuschließen, weil sie hier sichere Gewähr für ihr Deutschthum wähten, bedachten jedoch nicht, daß selbst die Erblande des österreichischen Kaiserreichs mehr Slaven zählen, als eigentliche Deutsche. Sie hatten sich auf der Volksversammlung in Hermannstadt am 18. Mai verständigt und zu fester Einigkeit einander die Hände gereicht. Es soll ein Eintrachtsbund sein, wie jener von 1613, als der tyrannische Fürst Gabriel Bathori dem sächsischen Volke den Tod geschworen hatte. Den Abend desselben Tages feierten die Hermannstädter Turner zu Ehren der eben an diesem Tage in Frankfurt a. M. eröffneten constituirenden Nationalversammlung; es war dies ein klarer Beweis dafür, daß auch die Sachsen für ihre deutsche Sache zu dieser Versammlung große Hoffnungen hegten. — Doch der Landtag rückte heran; es mußten zu dessen Beschiedung auch von Seiten der Sachsen Anstalten getroffen werden. Da jedoch die Klausenburger Studenten und Canzellisten, die sich schon auf den bisherigen Landtagen nicht eben als die ruhigsten Zuhörer bewiesen hatten, nun noch durch starke Zugänge von Juraten aus Pesth und von andern jungen Adelligen — aus der biharer Gespanschaft allein waren 500 angemeldet — waren verstärkt worden, so steigerte dies Alles die Besorgniß der Sachsen für die Freiheit der Berathung, ja sogar für das Leben ihrer Abgeordneten bedeutend. Deshalb ersuchte die Nationsuniversität noch am 22. Mai den Kaiser, entweder die Union aus den l. Propositionen gänzlich auszulassen, oder aber den Landtag von Klausenburg an einen sichern, die Freiheit der Berathung nicht heirrenden Ort zu verlegen. Hermannstadt fing schon an sich zu verproviantiren, weil es im Weigerungsfalle, Abgeordnete zu schicken, einen Angriff besorgte. Auch in den Dörfern ward nun die Kampflust rege und es schmiedeten die Zigeuner fort und fort Sensen für die sächsischen Bauern, die durch die häufigen Versuche einzelner Bösewichter, die sächsischen Dörfer in Brand zu stecken, ganz wild geworden waren. Denn hinreichende Schießwaffen vermochte man weder aufzutreiben, noch durfte man hoffen solche bei des Gouverneurs strenger Ordnungsliebe gegenüber den sächsischen Bittstellern \*) je zu erhalten. Säch-

\*) Der sächsische, jedoch auf ungarischem Boden liegende Marktflecken Sächsisch-Stein schickte, um den langedauernden Rechtsweg durch die Gespanschaftsbehörde zu verkürzen, eine

fisch-Stein und alle im Lande der Ungarn gelegenen sächsischen Dörfer sprachen offen ihre Sympathie für die Sachsen aus. Ja selbst in Deutschland, wo man stets so vertrauensvoll allen Vorgebungen feindseliger Ausländer glaubt, fingen Stimmen an laut zu werden gegen das herrische Benehmen der Magyaren und der zu Leipzig thätige Verein zur Wahrung der deutschen Sache an den östlichen Grenzen nahm sich der Sachsen in ihrer bedrängten Lage an, indem er für sie bei einer zu Stande kommenden Union Deutschlands Schutz in Frankfurt a. M. mit kräftigen Worten anrief. Trotz jener Befürchtungen der Sachsen wählte Kronstadt dennoch Abgeordnete zum Landtag und zwar wiederholt, da die beiden erstgewählten sich mit der Instruktion, die ihnen übergeben wurde, nicht einverstanden erklärt hatten. Die übrigen Kreise begannen zu folgen. Schäßburgs Wahl fiel auf zwei Theologen: den durch seine vielseitigen Kenntnisse wie durch die Macht des Wortes ausgezeichneten Denndorfer Pfarrer Gooß und den mit der Geschichte seines Volkes innig vertrauten Conrector am Schäßburger Gymnasium Teutsch. Erst am 27. Mai entschlossen sich die Hermannstädter, nachdem die Klausenburger Nationalgardisten ihnen öffentlich die heiligste Versicherung gegeben hatten, für das Leben der Abgeordneten derselben aus allen Kräften zu sorgen, zur Wahl; einer der Abgeordneten war Advokat Konrad Schmidt, der schon auf dem letzten Landtage die Blicke der Magyaren auf sich gezogen hatte. — So kamen denn allmählig die sächsischen Abgeordneten zusammen in dem festlich geschmückten Klausenburg, wo auf jedem Hause die Unionsfahne wehte, wo Jedermann die Unionsfahne trug. Eine ungeheure Menschenmenge war da versammelt und die Straßen wimmelten von Garden.

Die heiße Sehnsucht der Ungarn und Szekler nach Vereinigung mit Ungarn hatte jedoch kaum den 28. Mai erwarten können, als sie schon eine *nemzeti gyűlés* (Nationalversammlung) hielten, wo das Comité, das sich zu rascherer Betreibung der Landtagsangelegenheiten und zur Vorbereitung der Berathungsgegenstände gebildet hatte, schon jetzt die drei ersten königlichen Propositionen zur Sprache brachte, die leider durch die auch hier wieder hervorleuchtende Schwäche und Unentschiedenheit der österreichischen Regierung so gestellt waren, daß die beiden ersten Punkte (Wahl eines Hofkanzlers und eines Präsidenten der königlichen Tafel) durch die Annahme des Dritten (Union) fielen. Daher bemerkte Freiherr Nikolaus Wesselenyi nicht mit Unrecht, er halte es bloß für einen Schreibfehler, wenn der dritte Punkt nicht als der erste gesetzt worden sei. Und als derselbe Redner die Versammlung fragte: ob man den 7. Gesekartikel 1848 von Ungarn, der die vom ungarischen Reichstag beschlossene Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn enthielt, annehmen wolle oder nicht? da jubelte ihm die Menge laut zu: wir nehmen ihn

Deputation an den Gouverneur und bat um Gewehre. Der Gouverneur sandte sie an die Genspartschaftsbehörde zurück, während er doch den Deputationen magyarischer Orte nie solche Antworten zu ertheilen pflegte.

an! und die Unionsfrage war schon heute so gut als entschieden anzusehen, obgleich der Landtag erst den folgenden Tag eröffnet werden sollte. Auch der Gesetzwurf in Betreff der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn wurde schon vorgelegt und zwar fertig und mit der nöthigen Verbesserung, es sollten nicht 69 Abgeordnete, wie der ungarische Reichstag die Vertreter Siebenbürgens fälschlich berechnet habe, sondern 73 in Pesth erscheinen.

Am 29. Mai eröffnete der königliche Commissär, Freiherr Buchner, den Landtag mit einer magyarischen Rede und verließ, nachdem er noch die ursprünglich lateinisch geschriebenen königlichen Propositionen auf die Protestation der Zuhörer magyarisch verlesen hatte, unter Lebehochrufen den Saal. Nun verlangte das Volk stürmisch die sofortige Ausrufung der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, ließ sich aber doch noch so lange beschwichtigen, bis die Stände nach Abschaffung der herkömmlichen Aufwartung derselben beim königlichen Commissär, Landesgouverneur und Ständepäsident, sogleich wieder zu einer *nemzeti gyűlés* zusammentraten. Da jedoch hier die sächsischen Abgeordneten dem Gesetzkittel über die Unionsfrage nicht sogleich ihre Zustimmung geben konnten, wie Dionys Kemeny gewünscht hatte, so wurde derselbe ihnen noch zur Durchsicht übergeben und die Fortsetzung der Berathung auf Nachmittag festgesetzt. In dieser Nachmittags-sitzung trat auch Bischof Kemeny im Namen der walachischen Nation der Union bei, woferne alle früheren Gesetze, welche die Walachei von dem staatsbürgerlichen Rechte ausschloffen oder ihrer in erniedrigenden Ausdrücken Erwähnung thäten, aufgehoben würden. Seine Erklärung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Darauf machte der Abgeordnete Leszai von Broos — einem Marktflecken im Sachsenlande, der jedoch zur Hälfte von Magyaren bewohnt wird und Leszai ist ein Magyar — ebenfalls seinen Beitritt zur Union bekannt. Die Abgeordneten von Kronstadt und Stuhlbach knüpften an ihren Beitritt zur Union noch gewisse Bedingungen, nämlich: die Beachtung der pragmatischen Sanction Karls VI., die Erhaltung des Gebrauchs ihrer Sprache und ihrer Municipien, die unmittelbare Unterstellung unter den König von Ungarn. Würden diese Bedingungen nicht angenommen: so fühlten sie sich verpflichtet, ihre Sondermeinung abzugeben. So gerne auch die vorzüglichsten Redner der Magyaren die Billigkeit der gestellten Bedingungen zugaben, so wollte doch Niemand die Nothwendigkeit der deutschen Correspondenz der Sachsen mit dem magyarischen Ministerium und den magyarischen Gerichtsbarkeiten (— und gerade dies ist einer der Hauptpunkte —) anerkennen. Eine Sondermeinung für den Fall, daß die gestellten Bedingungen nicht gewährleistet würden, fand gar nicht Anklang, indem deren Verhandlung auf diesem Landtag durchaus nicht möglich sei, durch das Beharren darauf zwecklose Erbitterung herbeigeführt werde und die Sachsen ihre Rechte viel sicherer bewahren würden, wenn sie ihr diesfälliges Verlangen als ein Gesuch der nach Pesth zu entsendenden Deputation an das magyarische Ministerium und die Reichsstände

mitgaben, was die beiden andern Nationen nachdrücklich unterstützen wollten. In Besselenyi hatte die Sachsen feierlich versichert, sie würden durch die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn keine Schwäherung, sondern eher eine Vermehrung ihrer Rechte erhalten. Die sächsischen Abgeordneten schwiegen und nun erscholl unter Schwenken von tausend und aber tausend Hüten und Schnupstüchern und unter Säbelgeklirr aus vielen tausend Kehlen der Ruf: „Die Union ist ausgesprochen! Union! Union!“

Landträglich war dies noch nicht geschehen, denn in ihrer Gesamtheit hatten die sächsischen Abgeordneten diesem Beschlusse noch nicht beigestimmt. Um sich demnach zu einem Beschlusse über die Unionsfrage zu einigen, hielten die sächsischen Abgeordneten noch in der Nacht vom 29. bis 30. Mai, von 6—2 Uhr eine offene Sitzung\*). Von Stys und Grosschenk waren die Abgeordneten noch immer nicht erschienen. Auch Broos war nicht vertreten, denn einer der Gewählten hatte wegen Nichtübereinstimmung mit der Instruktion die Wahl abgelehnt, der andere, der magyarische Leszai, war zu den Magyaren übergegangen. So waren denn blos 16 Abgeordnete von den Sachsen zugegen, und unter diesen mehr als die Hälfte, die, wenn auch recht muthige und wackere Kämpfer, doch jetzt zum erstenmal auf dem Landtag, daher zum Theil ohne die ihren erfahrenen Gegnern gegenüber wünschenswerthe parlamentarische Gewandtheit waren. Denn einige früher gewöhnlich auf die Landtage geschickte Männer waren theils bei der Nationsuniversität in Hermannstadt, theils hatten sie sich von den Wahlen zurückgezogen und sich gescheut, in so ernster Zeit die Verantwortlichkeit einer so hochwichtigen Sendung auf sich zu nehmen. Auch der Nationsgraf, der sonst den Mittelpunkt der sächsischen Abgeordneten gebildet hatte, fehlte, wenngleich sein Erscheinen in Klausenburg dringend nothwendig gewesen wäre, denn das sächsische Volk, das schon seine übrigen Abgeordneten mit großer Besorgniß nach der aufgeregten Stadt hatte reisen sehen, durfte jetzt die Sicherheit ihres Oberhauptes nicht leichtsinnig in Gefahr bringen. Denn wollte man Gerüchten Glauben schenken, so wäre sein Leben bedroht worden. Deshalb blieb derselbe als Vorsitzender der Nationsuniversität in Hermannstadt zurück, während die Abgeordneten in Klausenburg für sich allein dastanden. Die sächsischen Abgeordneten pflegten bisher immer, um als einheitliches Ganzes in der Landtagsitzung auftreten zu können, in ihrer Nationalversammlung über die Fragen, die den Ständen zur Entscheidung vorlagen, vorher abzustimmen und die Einzelmeinung dem Willen der Mehrheit unterzuordnen. So lauteten auch jetzt alle Instruktionen, denn Hermannstadt, das der Union abhold war, hatte in der Ueberzeugung gehandelt, die übrigen Kreise wünschten dasselbe, da doch diese mit Ausnahme Medwisch's ihren Instruktionen zufolge der Union unter gewissen Bedingungen nicht abgeneigt waren. — Unter solchen Um-

\*) Amtlicher Bericht der sächsischen Landtagsdeputirten 2c.

ständen schritt man dann zur Tagesordnung, nämlich der Unionsfrage, denn von der Beobachtung der Reihenfolge der königlichen Propositionen, die von allen Instruktionen den Abgeordneten zur Pflicht gemacht wurde, konnte nicht mehr die Rede sein. Die Sachsen mußten sich über die Unionsfrage selbst bis zum folgenden Tage schon entscheiden.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung entspann sich eine heftige Debatte über den Antrag des Abgeordneten Gooß von Schäßburg: man solle sich weniger nach den Instruktionen, mehr nach den Umständen, nach dem veränderten Sachverhalt richten; man solle in dem Geiste seiner Sender und allerdings mit möglichster Berücksichtigung seiner Weisung die Thatsachen prüfen, jedoch nach bestem Wissen und Gewissen sein Urtheil abgeben. Gerade jene Verordnungen und Erlasse des pesther Ministeriums, in denen die sächsischen Kreise Verletzungen der pragmatischen Sanktion gesehen, waren später vom Kaiser bestätigt worden und die Magyaren hatten, wie die Mitstände den Sachsen ausdrücklich erklärten, gar nicht im Plane, sich von Oestreich loszusagen, sondern fühlten sich eben jetzt zu innigem Anschluß an Oestreich und dadurch an Deutschland gedrungen, um mit Nachdruck dem Panславismus Widerstand leisten zu können. Dazu erkannte man auch in jener Adresse des Leipziger Vereins zur Wahrung der deutschen Sache an den östlichen Grenzen und des dasigen deutschen Vereins an die Sachsen, worin diese aufgefördert wurden, den Magyaren vertrauensvoll die Hand zum Bunde zu reichen, nicht mit Unrecht die öffentliche Stimme Deutschlands. Ja selbst der königliche Commissär, der commandirende General Puchner, schien sich der Unionspartei hinzuneigen, indem er den Landtag mit einer magyarischen Rede eröffnete und den Kaiser darin „Kaiser Ferdinand V.“ genannt hatte. Zog man nun zuletzt noch die tiefgewurzelte Begeisterung des magyarischen Volks für die Union und die Entschlossenheit der magyarischen Stände, sie um jeden Preis durchzusetzen, in Erwägung, vertraute man den heiligsten Versicherungen der Mitstände, es werde sich Niemand Eingriffe in die Rechte der Sachsen erlauben: so war es unmöglich, so war es thöricht, sich der Union zu widersetzen, vielleicht einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören, der im glücklichsten Falle den Sachsen nicht mehr gebracht hätte, als sie den Behauptungen der vorzüglichsten Männer der Gegenpartei zufolge auf friedlichem Wege zu erreichen hoffen durften. Vergebens ermahnten die Hermannstädter Abgeordneten, sich an die Instruktionen zu halten, durch keine anderweitige Umstände sich bestimmen zu lassen. Man hörte nicht auf sie, die Mehrheit der Abgeordneten war fest überzeugt, daß dieser Schritt zum Wohle des sächsischen Volkes gethan werden müsse. Bei der Abstimmung, ob Union oder Nichtunion, stimmten blos die Abgeordneten von Hermannstadt, einer von Medwisch (der andere erklärte sich erst den folgenden Tag) und einer von Leschkirch gegen Union. Sie mußten sich dem Beschlusse der Mehrheit fügen, gaben jedoch ihre Sondermeinung zu Protokoll. Ebenso blieben sie in der Minderheit, als die

Frage zur Abstimmung kam, ob man Bedingungen oder Wünsche stellen sollte? Schäßburg entschied sich, da die magyrischen Stände keine Bedingungen annehmen wollten, um die Union nicht unnöthiger Weise noch zu verzögern, blos für Wünsche, verstand jedoch darunter nicht eine Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade. Der Entschluß der magyrischen Stände, den Unionsbeschluß schon in der nächsten Sitzung durchzusetzen, war nicht mehr abzuändern, sie durch fernere Widersprüche noch mehr zu reizen, gefährlich; und da es überhaupt wenig darauf ankam, ob man Bedingungen oder Wünsche stellte, wenn nur die Rechte der Sachsen gerettet wurden: so beschloß die Versammlung, in der Landtagsitzung des folgenden Tages blos Wünsche vorzubringen. Den Auftrag, diese Wünsche auszusprechen und den Beitritt der Sachsen zur Union vor den Ständen auszusprechen, erhielt der kronstädter Abgeordnete Elias Roth.

---

## V o m R e i c h.

---

### IV.

Des Merzen Idus sind nun vorüber und Cäsar hat nicht geblutet. Welcher vaterländisch gesinnte Reichsphilister hörte nicht im Geist am 6. August ein allgemeines, theils offizielles, theils aber höchst auffälliges Hurrah, mit einem lieblichen Accompagnement von Ragenmusiken, Steinwürfen und ähnlicher gesinnungsvoller und wohlmeinender Opposition gegen die vermessenen Reactionärs, die auf eine freche und unehrerbietige Weise dem *tel est notre plaisir* des souveränen Reichskriegsministers den Gehorsam vorzuenthalten wagten! Es ist nichts geschahen; wo man Hurrah gerufen hat, war es gut, wo es nicht geschah, waren es nur die Gänse des Capitols, die einen Lärm darüber erhoben und man erwartete vergebens den Schlachtruf der in der Dämmerung heranrückenden Gallier. Herr v. Peucker nahm das *sait accompli* hin, so gut es gehen wollte, und nur die Radikalen, die selber gegen die Unverantwortlichkeit des neuen Herrn so lebhaften Protest eingelegt hatten, waren außer sich darüber, daß Fürsten sich ihrer Ansicht anschlossen. Man hatte früher nur Preußen im Auge gehabt, als würde der norddeutsche Hochmuth allein es nicht zulassen, zu Ehren des österreichischen Prinzen die Trommel zu rühren und nun hat sich gefunden, daß Oestreich selber Bedenken erheben mußte, daß ein streng demokratisches Cabinet es nicht für geeignet ansah, seine aus verschiedenartigen Nationen zusammengesetzte Heere die Tricolore des Reichs anstecken zu lassen, wofern sie nicht zu Reichszwecken verwendet würden.